



Anklamer Str. 38
10115 Berlin, Germany
+49.30.21980088
secretariat@gendercc.net
www.gendercc.net

Empfehlungen für die deutsche Feministische Außenpolitik im Bereich Klima

Prinzipien

Feministische Außenpolitik ist ein hoher Anspruch, wenn Feminismus die Überwindung des Patriarchats meint. Inwieweit dieser Anspruch mit staatlicher Politik eingelöst werden kann, ist fraglich. Die Politik muss sich deshalb laufend hinterfragen, um sich zumindest der Spannung zwischen dem Notwendigen und dem realpolitisch Erreichbaren bewusst zu sein.

Ein feministischer Ansatz muss

- ▶ auf der Anerkennung der Rechte aller Geschlechter aufbauen;
- ▶ die Verknüpfung zwischen Gender, Klimakrise und Konflikten berücksichtigen;
- ▶ menschliche Sicherheit (human security) priorisieren;
- ▶ gesellschaftliche und technologische Risiken minimieren;
- ▶ strukturelle Ursachen von Diskriminierung angehen und auf transformatorische Veränderungen hinwirken;
- ▶ die Zivilgesellschaft, und dabei besonders Frauenrechtsorganisationen und marginalisierte Gruppen im Sinne von intersektionalem Feminismus, maßgeblich einbeziehen.

Im Folgenden konzentrieren wir uns auf Klimapolitik als zentrales Thema der Arbeit von GenderCC.

Gute Gründe für eine feministische Klimapolitik

Bekannt und häufig thematisiert ist, dass die Vulnerabilität gegenüber den Auswirkungen des Klimawandels geschlechtsspezifisch ist. Meist – nicht immer – sind es Frauen, die stärker betroffen sind, und zwar nicht weil Frauen per se anfälliger sind, sondern wegen der strukturellen Benachteiligungen, vor allem wegen ihrer Zuständigkeit für Sorgearbeit, ihrem geringeren Einkommen und Vermögen sowie ihrem Risiko, von geschlechtsspezifischer Gewalt betroffen zu sein. Daher ist es immer notwendig, die Ursachen der geschlechtsspezifischen Unterschiede zu untersuchen und zu adressieren.

Vulnerabilität ist nicht der einzige Aspekt des Klimawandels, bei dem Geschlecht eine Rolle spielt. Es gibt umfangreiche Belege für unterschiedliche Beiträge zum Problem im Sinne von individuellen Carbon



Anklamer Str. 38
10115 Berlin, Germany
+49.30.21980088
secretariat@gendercc.net
www.gendercc.net

Footprints, unterschiedlichen Einstellungen, Bewertungen und Handlungsmöglichkeiten, sowie unterschiedlichen Auswirkungen der Klimapolitik auf die verschiedenen Geschlechter. Klimaschutz- und Anpassungspolitiken können sich negativ auf die Geschlechtergerechtigkeit auswirken, wenn nicht-intendierte Auswirkungen der Maßnahmen nicht berücksichtigt und behoben werden.

Limitierungen der Genderdebatte in der Klimapolitik müssen überwunden werden

Feminismus, im Sinne von Bekämpfung patriarchalischer Machtverhältnisse und Strukturen um Geschlechtergerechtigkeit herbeizuführen, darf sich nicht ausschließlich um Frauen drehen, sondern muss alle Geschlechter einbeziehen, auch LGBTIQ* und auch diejenigen adressieren, die vom patriarchalen System profitieren und deren Privilegien beschnitten werden müssen.

Fragen der Geschlechtergerechtigkeit sind nicht nur für den globalen Süden relevant. Es gibt zahlreiche Belege dafür, dass die geschlechtsspezifischen Auswirkungen und Ursachen des Klimawandels sowie die geschlechtsspezifischen Auswirkungen von Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel auch für Industrieländer von großer Bedeutung sind. Um die Forderung nach geschlechtsspezifischen Aspekten im Globalen Süden zu rechtfertigen, sollte Deutschland daher nachweisen können, dass seine eigene Klimapolitik geschlechtsspezifisch ausgerichtet ist.

Die Gleichstellung der Geschlechter wird häufig auf die individuelle Ebene reduziert, d. h. auf die Geschlechtsidentität, den Geschlechtsausdruck und die sexuelle Ausrichtung. Die symbolische Ebene (Hierarchien, die in Normen und Werten verwurzelt sind, männliche Merkmale und Sichtweisen, die als Norm gelten, weibliche, die als Abweichung von der Norm betrachtet werden, Merkmale und Tätigkeiten, die Frauen zugeschrieben werden, die weniger wertgeschätzt werden) und die strukturelle Ebene (Geschlechternormen, die in Organisationen, sozialen Beziehungen, institutionellen und physischen Strukturen verankert sind) sind jedoch noch wichtiger für einen dauerhaften Wandel und transformatorische Effekte.

Internationale Klimapolitik

Grundsätzlich darf es nicht weiterhin, wie in der Vergangenheit öfter geschehen, einen Trade-off zwischen Menschenrechten und Klimaschutz-Ambitionen geben.



Anklamer Str. 38
10115 Berlin, Germany
+49.30.21980088
secretariat@gendercc.net
www.gendercc.net

UNFCCC Gender Action Plan (GAP)

Deutschland sollte sich am Review und zukünftigen Weiterentwicklung des GAP aktiv einbringen. Die Forderung nach Genderüberprüfungen aller klimapolitischen Maßnahmen muss im GAP deutlich gestärkt werden, dazu müssen Methoden und Beispiele bereitgestellt werden.

Klimafinanzierung

Geschlechtergerechtigkeit muss in der Umsetzung gestärkt werden. Genderanalysen des Green Climate Fund zeigen, dass trotz der bereits relativ weit fortgeschrittenen Verankerung von Gender (im GCF Governing Instrument und der Gender Policy) viele Projekte in der Realität nicht den Erfordernissen von Gender Mainstreaming genügen.

Deutschland sollte auf darauf hinwirken, dass in den internationalen Klimafinanzierungsinstrumenten Geschlechtergerechtigkeit stärker priorisiert wird und die entsprechenden Regeln verstärkt werden, z.B. dass genderbezogene Aktivitäten in den Budget transparent und nachvollziehbar eingebaut werden, das Monitoring unter Einbezug von Genderexpertise und Frauenrechtsorganisationen gestärkt wird und bei Nichteinhaltung Sanktionsmöglichkeiten geschaffen werden.

In den eigenen klimapolitischen Förderprogrammen für Drittländer (IKI und auch EUKI) muss Deutschland mit gutem Beispiel vorangehen und Geschlechtergerechtigkeit sowohl in den Förderkriterien, als auch in der Bewertung von Anträgen und im Monitoring wirksam verankern. Zudem sollten verstärkt Maßnahmen unterstützt werden, die im Gender Aktionsplan der UNFCCC enthalten sind, wie Kapazitätenstärkung und Erfahrungsaustausch zur Entwicklung gender-responsiver Strategien und Programme sowie die Förderung der informierten Teilnahme von Frauen in nationalen Delegationen und aus Grassroots-Organisationen, lokalen und indigenen Gemeinschaften.

Loss and Damage

Die deutsche feministische Außenpolitik muss in den UNFCCC-Verhandlungen auf eine angemessene Finanzierung von Schäden und Verlusten drängen und selbst mit gutem Beispiel vorangehen. Schäden und Verluste erfordern Bestimmungen, die der Geschlechtergerechtigkeit Rechnung tragen. So werden beispielsweise Versicherungen nicht helfen, wenn die Prämien nicht erschwinglich sind, insbesondere bei zunehmenden Verlusten und Schäden und damit steigenden Prämien. Außerdem muss berücksichtigt werden, dass Frauen häufig von informeller Arbeit und informellem Zugang zu Ressourcen abhängig sind, was die Schadensregulierung erschwert.



Anklamer Str. 38
10115 Berlin, Germany
+49.30.21980088
secretariat@gendercc.net
www.gendercc.net

Nationale Klimapolitik

Um feministische Klima-Außenpolitik glaubwürdig zu vertreten, muss auch die nationale Klimapolitik feministisch sein. Das heißt, dass alles, was vom Globalen Süden in Richtung Geschlechtergerechtigkeit gefordert wird, auch auf der nationalen Ebene konsequent im Sinne gender-responsiver Politiken und Maßnahmen umgesetzt werden muss. Andernfalls würde es an Kohärenz mangeln und die Klima-Außenpolitik wäre nicht feministisch, sondern paternalistisch. Die Notwendigkeit gender-responsiver Klimapolitik in Industrieländern sollte auch in Foren wie G7 und G20 angesprochen werden.

Allerdings sind, nach ersten Schritten in den letzten Jahren, derzeit keine feministischen Ansätze in der nationalen Klimapolitik erkennbar. Die nächsten notwendigen Schritte sowohl für die Klima-Innen- wie auch die Klima-Außenpolitik sind, die Erkenntnisse der Genderforschung bei Entwicklung klimapolitischer Programme und Maßnahmen zu berücksichtigen, die Datengrundlage zu verbessern, Genderkompetenz und -expertise in der Klimapolitik im Ministerium zu stärken und externe Expertise einzubeziehen, klimapolitische Vorhaben auf Geschlechtergerechtigkeit zu überprüfen und regelmäßig zu evaluieren und die Klimaschutz- und Anpassungsprogramme deutlich stärker auf gesellschaftliche und soziale Transformation auszurichten.

Gotelind Alber, August 2022